



### RUPERTA LICHTENECKER

Die öö. Spitzenkandidatin legt ein umfangreiches Klimaschutzpaket vor. Mehr darüber auf **Seite 3**



### NEIN ZU GLYPHOSAT!

Clemens Stammler fordert endlich ein Verbot des Pflanzenschutzmittels. Mehr auf **Seite 5**



### KEINE KORRUPTION

Gabriela Moser über Freunderlwirtschaft, Filz und handfeste Korruption. **Seite 5**

# OÖ.PLANET

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

AUSGABE NR. 98  
20. JAHRGANG | HERBST

OÖ.PLANET NR. 04/2017 | PREIS: € 1,-  
ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M  
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17  
RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



## OHNE GRÜN KEINE ZUKUNFT

„Dieses Österreich und seine Menschen haben Besseres verdient. Dieses Österreich verdient Mut. Dieses Österreich verdient Haltung. Es gibt keinen Planet B. Dafür stehe ich. Und dafür stehen wir. Das ist Grün!“, Ulrike Lunacek.

→ 02-05



## Das ist Grün!

**Wir steuern unser Land in Richtung Zukunft und engagieren uns dafür, die Welt ein Stück besser zu gestalten.**

„**D**ass wir Grünen erfolgreiche Lösungen umsetzen können, haben wir oft genug bewiesen. Ob bei den Verhandlungen zu ersten Schritten einer echten Schulreform, dem Ausbau erneuerbarer Energien durch die durchgesetzte Ökostromgesetz-Novelle, der Mindestsicherung oder bei der Durchsetzung der günstigen Jahresnetzkarte in Wien und Vorarlberg nach dem Modell des 365-Euro-Tickets. Wo immer die Grünen mitsteuern, führt der Kurs in Richtung Zukunft. Im Wahlprogramm finden sich viele weitere

Beispiele, die zeigen, dass es den Grünen immer darum geht etwas zu bewegen. Die Welt ein Stück besser zu gestalten und unser Engagement, unsere Kompetenz und politische Kraft dafür einzusetzen, ist uns wichtiger als manch billiger Punkt in der politischen Inszenierung“, Ulrike Lunacek, Spitzenkandidatin der Grünen zur Nationalratswahl 2017.

**Fragen und Antworten zu den Grünen  
Wahlforderungen auf Seite 2**

## ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK  
CHEFREDAKTEUR  
MARCO.VANEK@  
GRUENE.AT

## Was Grün ausmacht!

W er dieser Tage die zahlreichen Duelle und Debatten im TV und Radio verfolgt, wird weitgehend im Unklaren gelassen, was die Spitzenkandidaten und ihre Parteien in grundlegend-weltanschaulichen Fragen eigentlich wollen. Einzig die Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek und ihre Grünen sprechen klar aus, was von ihnen zu erwarten ist: für ein (grünes) Europa, für eine inklusive Bildung (samt Gesamtschule), für eine „Ehe für alle“, für eine Energiewende und eine klare Klimaschutzpolitik, für Mietzinsobergrenzen... Egal wie man dazu stehen mag. Das sind klare Positionen und jede Wählerin und jeder Wähler kann sich selbst ein Bild machen über die Grüne Erzählung von der Zukunft des Landes.

Genau das ist es, was Grün ausmacht. Klare Haltungen und ganz konkrete Zukunftsprojekte.

Genau das ist es, was Grün ausmacht. Klare Haltungen und ganz konkrete Zukunftsprojekte, wie Österreich – aber auch Europa – ein Stück besser werden kann. Eines ist gewiss: auf all diese Punkte können sich die Österreicherinnen und Österreicher auch nach dem 15. Oktober verlassen, ...

meint Marco Vanek, Chefredakteur

Rückmeldungen erwünscht!  
Bitte diese per Mail schicken an  
marco.vanek@gruene.at

## IMPRESSUM

öö.planet. 04/2017 // Zulassungsnr.:  
MZ 02Z031264 M

**Medieninhaberinnen:** Die Grünen ÖÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17

**Herausgeberinnen:** Die Grünen ÖÖ, Die Grüne Bildungswerkstatt ÖÖ und der Klub der Grünen im öö. Landtag.

**Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Heidi Obermaier, Mag.ª Elke Mayerhofer, Mag.ª Claudia Kolb, Dr. Christian Krall, Mag. Markus Gusenbauer, Mag. Hadmar Hölzl,

**MitarbeiterInnen und AutorInnen:** Margit Kern, Dr. René Freund, Mag. Bernhard Steinmaurer, Mag.ª Barbara Vanek

**Korrektur:** Mag.ª Barbara Vanek

**Fotos:** www.bilderbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner,

**Karikatur:** Mag. Michael Schneider

**Gestaltung:** agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner

**Produktion:** Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner

**Adressenverwaltung:** Nina Bikic,  
Tel.: 0732/73 94 00-556, nina.bikic@gruene.at  
**Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz  
**Verbreitete Auflage:** 22.000 Stück  
Die nächste Ausgabe des öö.planet erscheint ab  
15. Dezember 2017

## Auf Kurs in die Zukunft

Das 62seitige Wahlprogramm der Grünen ist nach vorne gerichtet, spricht viele Zukunftsthemen an und beantwortet sie detailliert. Wir haben einige der Zukunftsfragen und die Grünen Antworten herausgegriffen.

## ■ BARBARA VANEK



## Für welches Europa stehen die Grünen?

„Wir stehen für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, das die Grundrechte achtet, bürgernah ist und dafür sorgt, dass die großen Profiteure wie Konzerne und Superreiche ihren fairen Beitrag für eine solidarische Gesellschaft leisten, statt sich durch Niedrigsteuern, Steuerbetrug oder Steuerflucht der Verantwortung zu entziehen.“



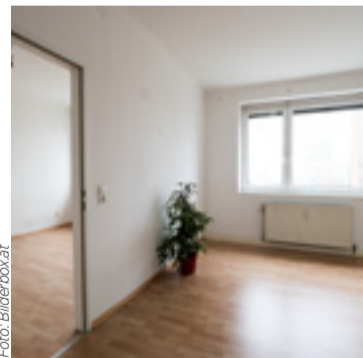
## Was tun gegen Extremismus in unseren Schulen?

„Nur durch präventive Maßnahmen wie etwa die aufsuchende Sozialarbeit können gefährdete Menschen, die meist aufgrund eines krisenhaften Erlebnisses in radikale Kreise abrutschen, rechtzeitig aufgefangen und ihnen das Handwerkszeug für ein selbstbestimmtes und mündiges Leben mitgegeben werden. Ausstiegshilfen für Neonazis und IslamistInnen sind auszubauen.“



„Alle haben das Recht auf ein selbstbestimmtes und gutes Leben! Dafür brauchen wir: verantwortungsvolles Wirtschaften, konsequente Umwelt- und Klimaschutz, sichere Arbeitsplätze und Gerechtigkeit in einer weltoffenen und solidarischen Gesellschaft!“

■ RUPERTA LICHTENECKER, SPITZENKANDIDATIN DER GRÜNEN ÖÖ



## Wie kann Wohnen wieder leistbarer werden?

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis und kein Spekulationsgut. Unser Ziel ist es, ein nachvollziehbares, überprüfbares und reguliertes Mietrecht mit Mietzinsobergrenzen (zum Beispiel in Wien 7,50 Euro netto) zu schaffen. Für die MieterInnen garantiert dies leistbares Wohnen; für VermieterInnen soll die Erhaltung bei einer konservativen Verzinsung gegeben sein. Gleichzeitig müssen der Wohnbau weiter angekurbelt und die Zweckwidmung der Wohnbauförderung wiedereingeführt werden.“



„Ökologische und soziale Standards werden durch CETA ausgehöhlt.“

■ ULRIKE LUNACEK, SPITZENKANDIDATIN DER GRÜNEN

## Wieviel Euro soll eine Netzkarte für den gesamten öffentlichen Verkehr kosten?

„1 Euro pro Tag im Bundesland, um 2 Euro über die Landesgrenze und um 3 Euro – also 1.095 Euro im Jahr – bundesweit mit den Öffis unterwegs sein, das ist unser Ziel. Die günstigen Jugendtickets sollen um ein entsprechendes bundesweites Studierendenticket ergänzt werden.“



## Welchen Beitrag sollen Superreiche leisten?

„Obwohl sehr hohe Vermögen in Österreich bei sehr wenigen Superreichen konzentriert sind, ist ihr Beitrag zur öffentlichen Finanzierung derzeit sehr gering. Ein Instrument für mehr Fairness ist die Erbschaftsteuer für derzeit steuerfreie Millionenerbschaften. Die Erbschaftsteuer sollte dabei so gestaltet sein, dass gezielt die reichsten 10 % einen fairen Beitrag leisten und bei Betriebsübergaben zudem Ausnahmeregelungen gelten. In der Gestaltung ist ein Freibetrag von etwa 500.000 Euro anzusetzen. Erst für Beträge über dieser Grenze sind Erbschaftssteuern zu leisten.“

## Wie kann Österreich für den digitalen Wandel fit gemacht werden?

„Zuallererst ist die flächendeckende Versorgung mit modernstem Hochleistungsinternet auf Glasfaserbasis in ganz Österreich sicherzustellen, auch in abgelegenen ländlichen Siedlungsräumen. Es braucht vermehrte Bildungsangebote, um den Arbeitnehmerinnen die Qualifikation für die Arbeitswelt von morgen zu geben. Digitale Inklusion muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden.“

Das gesamte Wahlprogramm kann unter [www.gruene.at](http://www.gruene.at) heruntergeladen werden

„Für die ÖVP ist Bienenschutz nur dann wichtig, wenn es um die Raiffeisen-Sumsi geht.“

■ CLEMENS STAMMLER, LANDWIRTSCHAFTSKAMMER ÖÖ

„Immer mehr Wachstum, ok – aber das kommt bei der Hälfte nicht an. Es gibt zwei große Drehschrauben: Lohnpolitik und Steuerpolitik.“

■ WERNER KOGLER, STELLVERTRETENDER BUNDESSPRECHER

# In den Klimaschutz investieren!

Ruperta Lichtenecker legt ein umfangreiches Maßnahmenpaket vor, damit Österreichs Klimapolitik endlich in Bewegung kommt.

■ MARCO VANEK



Christiane Brunner und Ruperta Lichtenecker machen Dampf für eine konsequente und ehrliche Klimapolitik in Österreich

Der heurige Sommer hatte es in sich. Einer lang andauernden Hitzeperiode mit unzähligen Tropennächten folgten plötzliche Niederschläge, Hagel und Unwetter. Die Zahl der Naturkatastrophen, aber auch die lokalen Starkregenfälle nehmen auch in Oberösterreich zu. Der Sommer 2017 war um zwei Grad wärmer, als das 30jährige Klimamittel, und der Sommer bei uns ein Jahr davor war überhaupt der heißeste seit Beginn der Temperatureaufzeichnungen. Allein durch die Unwetter sind heuer in Österreich Schäden von über einer Milliarde Euro entstanden. Selbst die hartnäckigsten KlimaleugnerInnen müssen nach diesem Sommer einsehen: Ja, der Klimawandel ist längst da, die Auswirkungen der Klimaveränderung sind weltweit drastisch sichtbar. Wir müssen alles daran

setzen, den Klimawandel zu bremsen und in Schranken zu halten.

Wir brauchen konsequenten Klimaschutz“, betont die Grüne Wirtschaftssprecherin Ruperta Lichtenecker: „Die Bundesregierung hat weder eine Strategie noch den Willen, effizient Klimaschutz voran zu treiben. Denn Österreich hat zwar den Pariser Klimavertrag unterschrieben und bereits ratifiziert, hat aber die entscheidenden Weichenstellungen verschlafen“, sagt Lichtenecker. Österreich ist weit davon entfernt das Klimaziel bis 2030 zu erfüllen. Als einziges Land in Europa hat Österreich aber noch keine einzige Maßnahme umgesetzt, um dieses Ziel zu erreichen. Bis ins Jahr 2030 muss Österreich seine Emissionen um 36 Prozent verringert haben.

**Grünes Ziel: Ökonomie wird zur Nummer 1 in Oberösterreich**

In Oberösterreich sind im Bereich Umwelt- und Energietechnik an die 300 Unternehmen erfolgreich tätig und sichern viele Arbeitsplätze. Aktuelle Studien zeigen, dass die Umwelt- und Energietechnik-Unternehmen ein wichtiger Motor für die Wirtschaft, auch für die Klein- und Mittelständischen Unternehmen sind und damit Arbeitsplätze sichern und schaffen. „Um die Innovationskraft der Unternehmen und damit die Vorreiterrolle zu stärken, braucht es auch einen starken Heimatmarkt“, sagt Ruperta Lichtenecker.

„Die oberösterreichischen Unternehmen sind bereits gut aufgestellt, diesen Startvorteil gilt es zu nutzen und mit Grünen Ideen Arbeitsplätze zu schaffen.“

## Vom Klimaschutzlicht zum Vorreiter

Die Grünen haben ein umfangreiches Maßnahmenpaket erstellt, damit Österreich zu einem Musterland in der Klimaschutzpolitik wird. Ruperta Lichtenecker nimmt zu den wichtigsten Punkten Stellung.

### CO<sub>2</sub> einen echten Preis geben durch eine aufkommensneutrale, ökologisch-soziale Steuerreform

„Das mit ExpertInnen des WIFO erstellte Modell sichert die Reduktion des Energieverbrauchs und

damit weniger CO<sub>2</sub> Emissionen. Die Steuern auf Arbeit werden reduziert und Arbeitsplätze geschaffen.

### Keine Subvention mehr auf fossile Energien wie Kohle, Öl und Gas

„Nach wie vor wird fossile Energie steuerlich bevorzugt, etwa durch die Stellplatzverordnung, durch die Dieselpatenschaften, bei der Energieabgabenrückvergütung. All diese Beihilfen machen allein in Österreich vier Milliarden Euro aus. Frei gewordene Mittel können zum Beispiel in die thermische Sanierung von Gebäuden investiert werden.“

### Weiterentwicklung der Ökostrom-Finanzierung

„Mit einem Ökostromgesetz NEU erreichen wir 100% Öko-Strom bis 2030, das spart den KonsumentInnen und Unternehmen Geld, senkt die CO<sub>2</sub> Emissionen, sichert Investitionen in der Region und schafft Arbeitsplätze. Das ist außerdem die beste Versicherung gegen Atomkraft.“

### Klimafreundliches und leistbares Wohnen für jede/n ÖsterreicherIn

„Wir brauchen eine Sanierungsoffensive im Wohnbau, die mit

dem Sanierungsscheck unterstützt wird. Durch die Förderoffensive für den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Heizsysteme wird CO<sub>2</sub> eingespart, es macht unabhängig von Öl- und Gasimporten, reduziert die Kosten und schafft tausende Arbeitsplätze.“

### Klimafreundliche Mobilität für jede/n ÖsterreicherIn

„Klimaschonende Mobilität muss für alle möglich und leistbar werden. Daher brauchen wir den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, leistbare Tickets und die Forcierung der E-Mobilität.“

### Brauchen Klima- und Energiestrategie

„Wir brauchen eine Klima- und Energiestrategie, die sich nach den Zielen des Klimavertrags von Paris ausrichtet und damit Wirtschaft und Industrie die nötige Planungs- und Rechtssicherheit gibt. Die österreichischen Klimaziele müssen sofort mit dem Klimavertrag in Einklang gebracht werden, so können sich Unternehmen rechtzeitig orientieren und entscheiden in welchen Bereichen sie forschen, investieren und produzieren.“



#REIMON #BRÜSSEL

## CETA vor der Wahl entschärfen

Michel Reimon ist seit Juli 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments (Grüne Fraktion)

562.552 – so viele Stimmen hat das Volksbegehren gegen CETA, TTIP und TiSa im Jänner dieses Jahres bekommen. Seither ist es in Österreich ziemlich still geworden um das Thema Freihandel.

Christian Kerns SPÖ gab im Vorjahr einen Schlingerkurs vor, versprach dann im Endspurt der CETA-Debatte das Blaue vom Himmel und drückt

sich jetzt, wo es im Nationalrat ernst wird, vor verbindlichen Ansagen. Von Sebastian Kurz ist zwar keine einzige konkrete Position bekannt, aber ohnehin das schlimmste zu befürchten. Obwohl das Thema so viele Menschen in Österreich bewegt, ist das Thema im Wahlkampf an den Rand gedrängt. Dabei steht die vorläufige Anwendung von CETA ins Haus, mit 21. September gilt das umstrittene Abkommen. Gleichzeitig tut auf europäischer Ebene die EU-Kommission so, als würde sie auf die lautstarke Kritik der Zivilgesellschaft

eingehen und lagert jetzt kurzerhand den höchst umstrittenen Investitionsschutz aus künftigen Abkommen aus. Im Rahmen eines gesonderten Internationalen Gerichtshofs sollen alle Belange von Sonderrechten für private InvestorInnen abgedeckt werden, fernab der öffentlichen Debatte und Kritik. So muss sich die Kommission nicht bei jedem einzelnen Abkommen erneut mit dem lästigen Investitionsschutz und dem ebenso lästigen Protest der EU-BürgerInnen herumschlagen. Das ursächliche Problem löst das aber natürlich nicht. Die

Kommission hat ebenso gut wie die SPÖ verstanden, dass sich aus dem Thema Freihandel schnell politisches Kleingeld und billige PR schlagen lässt. Das bleibt aber reine Augenwischerei, wenn die SPÖ CETA nicht noch vor der Wahl entschärfen lässt. Dazu gehört, dass die Sonderrechte für Konzerne ausgenommen werden und die Garantie, dass unsere hohen europäischen Standards nicht nach unten nivelliert werden dürfen. Es könnte Kerns letzte Handlung als Kanzler sein. Es wäre nicht die schlechteste.

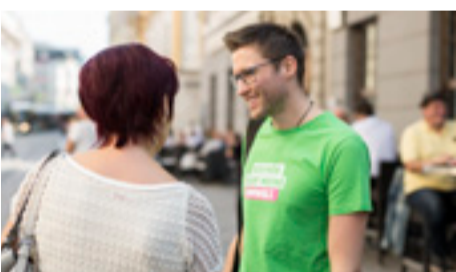
## KURZMELDUNG



Sebastian Merten (Foto Mitte) fordert mehr konsumfreie Treffpunkte fürs urban gardening oder einfach nur zum Chillen.

## Unterwegs auf Pop-Up-Tour

**B**is kurz vor der Wahl ist Sebastian Merten gemeinsam mit David Stögmüller und vielen anderen AktivistInnen mit ihrem Tourbus im ganzen Bundesland unterwegs „Die Pop-up-Tour taucht auf, veranstaltet ein spontanes Event und ist dann auch wieder weg. Wir machen an vielen verschiedenen Stationen Halt und unser Ziel ist klar: Wir wollen Oberösterreichs Jugendliche für Grüne Ideen begeistern.“, sagt Sebastian Merten. Der AHS-Schüler macht sich besonders stark für mehr Jugendbeteiligung, aber auch für eine Gesellschaft, in der es keine Diskriminierung von Minderheiten gibt. Besonderes Anliegen ist dem Mühlviertler der ländliche Raum. „Hier braucht es mehr Ausbildungsplätze sowie Zukunftsjobs, damit die jungen Menschen nicht abwandern.“ Übrigens: seit kurzem gibt es wieder eine Grüne Jugendorganisation: Mitte September hat sich die Grüne Jugend bei einem großen österreichweiten Treffen am Wolfgangsee neu konstituiert.



# Wie für junge Frauen das Landleben attraktiver wird

Dagmar Engl – Grüne Spitzenkandidatin fürs Mühlviertel – möchte die konkreten Lebenssituationen für Frauen am Land verbessern, damit sie nicht in die Städte abwandern müssen.

## MARCO VANEK

**A**lle demografischen Untersuchungen zeigen in die gleiche Richtung: Aus den Landgemeinden fernab der Peripherie wandern immer mehr – vor allem junge – Frauen in die Städte ab. Meist sind es die besser gebildeten, mobilen und flexibleren. Sie gehen in die Stadt, weil sie am Land keine adäquaten Arbeitsplätze und Weiterbildungsmöglichkeiten finden. Darüber hinaus ist die Stadt attraktiver wegen des besseren Dienstleistungs- und Kulturangebotes. Mit ein Grund für die Abwanderung sind die in den ländlichen Regionen nach wie vor stark verankerten patriarchalen Strukturen mit ihren strikten Geschlechterrollen.

## Mehr Frauen in die Gemeindestuben

Dies alles kann Dagmar Engl nur bestätigen. Sie wohnt selbst in einer kleinen Gemeinde (Katsdorf im Bezirk Perg) und engagiert sich dort auch im Gemeinderat. „Gemeindepolitik ist auch bei uns überwiegend Männersache. Die Sitzungen finden am Abend statt. Wer beim abschließenden Wirtshausbesuch nicht mehr dabei ist, der findet in den lokalpolitischen



Dagmar Engl fordert mehr öffentliche Begegnungsräume und Freizeiteinrichtungen speziell für Frauen am Land.

Netzwerken nur wenig Gehör.“ Damit sich mehr Frauen in der Kommunalpolitik einbringen können, wünscht sich Engl in Zukunft eine andere Sitzungskultur, etwa keine langen Sitzungen bis in die Nacht hinein. Mehr Frauen in der Kommunalpolitik sind für mich die ersten Voraussetzungen, um auch ‚frauengerechte‘ Strukturen zu schaffen und Gemeinden nicht nur männlich zu denken. Dafür müssen wir die Bürgermeister-sessel erobern und endlich zu 50 Prozent in Gemeinderäten vertreten sein!“

## Was hält Frauen am Land?

Vor allem alleinerziehende Frauen am Land tun sich schwer, Job und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen. In vielen kleinen Landgemeinden schließen nach

wie vor die Kinderbetreuungseinrichtungen zu Mittag und/oder haben in den Ferien zwei Monate geschlossen. Fehlende öffentliche Verkehrsangebote oder schwach ausgebaute Rad- und Fußwege tun ihr übriges. „Wer sich am Land kein Auto leisten kann, bleibt zurück“. Neben einem leistbaren und attraktiven Öffentlichen Verkehr wünscht sich Dagmar Engl mehr und bezahlbare Woh-

nungen für junge Familien am Land. Darüber hinaus fordert sie für die Landgemeinde mehr öffentliche Begegnungsräume speziell für Frauen, sowie frauenspezifische Freizeiteinrichtungen. „Wenn vor allem junge Frauen am Land in ihren Aktivitäten besser als bisher unterstützt und ihre Netzwerke gefördert werden, hilft es, sie in den ländlichen Regionen zu halten“.

## BESSERE KINDERBETREUUNG AM LAND

**U**m das Landleben für Frauen attraktiver zu machen braucht es vor allem mehr Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder. Oberösterreich hat in diesem Punkt großen Aufholbedarf, ist es doch in den

letzten Jahren zum bundesweiten Schlusslicht beim Angebot für frühkindliche Betreuungsplätze geworden. Nur 15,4 Prozent aller Kinder unter drei Jahren werden hierzulande in Einrichtungen betreut.

## Rettet die Hausruckbahn!

Die Hausruckbahn verbindet Attnang-Puchheim über Ried im Innkreis mit der Bezirksstadt Schärding und verbindet damit das Hausruckviertel mit dem Innviertel. Sie ist ein Eckpfeiler des öffentlichen Verkehrs in Oberösterreich und kann auch eine Steigerung der Fahrgastzahlen von über 40% von 2010 bis 2015 verzeichnen. „Dennoch gibt es immer wieder Meldungen seitens der ÖBB, die die Wirtschaftlichkeit einer solchen Nebenbahn in Frage stellen und damit

verbunden entsprechende Gerüchte, dass die Hausruckbahn eingestellt werden soll“, so **David Stögmüller**, Bundesrat und Grüner Spitzenkandidat fürs Innviertel. Es gibt zwar das Bekenntnis

des Landes Oberösterreich diese Bahn zu erhalten. Die Bahn soll im Eigentum der ÖBB bleiben, mit finanzieller Unterstützung des Landes soll aber die Infrastruktur saniert werden.



## „Der 15. Oktober ist auch eine Systemwahl“

„Als Linker und als Humanist gehe ich davon aus, dass Fremdenhass, Rassismen und Intoleranz Dinge sind, derer man sich schämen müsste. Die tragische Wahrheit unserer Zeit ist aber, dass Fremdenhass schon lange nicht mehr kaschiert, sondern bewusst zur Schau gestellt wird, um so selbst als Deckmantel für Sozialabbau und Verteilungsgerechtigkeit zu fungieren. Sebastian Kurz hat mit seinem Putsch den

sozialpartnerschaftlichen Teil der ÖVP an den Rand gespielt.

Die ÖVP hat sich endgültig von der sozialen Marktwirtschaft verabschiedet und einem neoliberalen Kapitalismus zugewandt. Daher ist am 15. Oktober keine Personenwahl, sondern eine Systemwahl“, **Johannes Wassermair**, Grüner Spitzenkandidat für den Wahlkreis Hausruck



# Gabriela Moser: die Aufdeckerin

Freunderlwirtschaft, Filz in der Politik und handfeste Korruption: Lässt sich da noch was ändern? Die stellvertretende Grüne Klubobfrau Gabriela Moser sagt ja – und hat das auch in den letzten Parlamentsperioden immer wieder bewiesen.

■ BERNHARD STEINMAURER

**B**uwog-Verkauf, Eurofighter-Affäre, Hypo-Verstaatlichung oder die Causa Telekom: Die Grünen und mit ihnen Gabriela Moser waren in den letzten Jahren an vorderster Front mit dabei, wenn es darum ging, dubiose und auch strafrechtlich relevante Vorgänge in der österreichischen Innenpolitik aufzuklären. Die SteuerzahlerInnen haben dadurch einiges an unrechtmäßig verwendeten Geldern zurückerhalten.

Dazu kommt, dass der Gesetzgeber aufgrund manch haarsträubender, mittlerweile aufgedeckter Praktiken ebenfalls tätig wurde. So gibt es nun einen Untersuchungsausschuss als Minderheitenrecht, Spendenoffenlegung im Parteiengesetz, Inseratenfinanzierungen müssen laut dem neuen Medientransparenzgesetz veröffentlicht werden und es gibt ein zentrales Kontenregister, mit dem die Staatsanwaltschaft und das Finanzamt leichter versteckte Gelder auffinden können.

Wie korrupt aber ist Österreich tatsächlich? Wo findet sie überhaupt statt? Moser schätzt, dass der überwiegende Großteil der PolitikerInnen hierzulande ihre Aufgabe völlig korrekt erfüllen. „Freunderlwirtschaft ist ein allgemeines Problem, wenn es



„Korruption blüht im Verborgenen. Weniger Geheimnisse und mehr Transparenz bedeuten auch weniger Korruption“, Gabriela Moser

aber strafrechtlich zu ahndende Korruptionsfälle sind, sollen entsprechende Gesetze und Mittel zur Verfügung stehen, um diese aufzudecken“, sagt Moser.

Die Grenze liege genau da, wo sich zwei auf Kosten Dritter bereichern, also oft zum Schaden der SteuerzahlerInnen. Ein Experte – der namentlich nicht genannt werden möchte – schätzt die persönliche Korruption in Österreich als gering ein. Eher gängig wäre sie seiner Meinung nach im Medizinbetrieb und im institutionellen und politischen Bereich, vor allem im Beschaffungswesen oder gar bei Rüstungsdeals. „Es heißt nicht umsonst bei Rüstungsgeschäften, dass zirka zehn Prozent für die Partei seien“. Fragwürdige Geldflüsse in dieser Größenordnung habe man auch bei der Eurofighter-Causa herausgefunden.

Zwei Metiers hält er für besonders anfällig, obwohl diese in

der Bevölkerung eher als sauber gelten würden: Die Presse und den Gemeindebereich. Nicht als Korruption will der Experte jedoch die Schattenwirtschaft und die Schwarzarbeit werten, wie dies etwa der Linzer Wirtschaftsprofessor Friedrich Schneider darlegt.

Für die Zukunft gebe es noch einiges zu tun für die Aufklärungs-Fraktion. Gabi Moser fordert unter anderem endlich die Abschaffung des Amtsgeheimnisses. „Korruption blüht im Verborgenen. Weniger Geheimnisse und mehr Transparenz bedeuten auch weniger Korruption“, betont Moser. Das würden die skandinavischen Länder bereits vorleben. „Das Amtsgeheimnis ist ein absolutistisches Relikt aus Metternichs Zeiten und hat in einer modernen Demokratie nichts verloren. Die Bürgerinnen und Bürger – keineswegs mehr Untertanen – haben ein Recht auf Information.“

Notwendig seien außerdem eine Reform der öffentlichen Immobilienwirtschaft, ein Whistleblower-Schutz in der Privatwirtschaft oder eine unabhängige Staatsanwaltschaft, die nicht mehr an die Regierung weisungsgebunden ist. Bei bereits Erreichtem wollen Gabriela Moser und die Grünen noch Nachbesserungen, zum Beispiel beim Parteiengesetz, Lobbygesetz und beim Medientransparenzgesetz. „Da haben wir schon einiges erreicht, wir sollten dies aber unbedingt optimieren“.

## ERFOLGE DER GRÜNEN AUFKLÄRUNG

- **Aufarbeitung der Korruptionsfälle unter Schwarz/Blau:** Gabi Moser als Vorsitzende des Untersuchungsausschusses trug wesentlich zur Aufklärung bei.
- **Buwog-Affäre:** Beim Verkauf der Buwog-Wohnungen wurden zahlreiche Unregelmäßigkeiten aufgedeckt.
- **Eurofighter:** Der Deal rund um den Ankauf des Kampfflugzeugsystems war schon Thema eines U-Ausschusses im Jahr 2006. Die Details der Vertragsänderung mit EADS im Jahr 2007 wurden im Dunkeln gehalten. Im März dieses Jahres wurde erneut ein Untersuchungsausschuss zu dem Thema einberufen.
- **Causa Telekom:** Dubiose Vergabepraktiken beim ehemaligen Staatsbetrieb.
- **Hypo-Verstaatlichung:** Die Vorgänge rund um die Verstaatlichung der maroden Hypo-Alpe-Adria im Jahr 2009 wurden unter die Lupe genommen. Der Schaden für die SteuerzahlerInnen war enorm.

## KURZMELDUNGEN

### ÖVP tut nichts gegen Bodenversiegelung

„Die ÖVP mag sich noch so oft zum Bodenschutz bekennen - es sind Worte ohne Taten. Das zeigen die Antworten von Landesrat Max Hiegelsberger auf die Anfrage der Grünen einmal mehr auf. Von den Zielen und Maßnahmen, die er eben erst vorgeschlagen hat, ist wenig Konkretes übriggeblieben“, betont der Grüne Landwirtschaftssprecher Stefan Kaineder

### Klimakrise und Migration

Die Extremereignisse durch den Klimawandel lösen derzeit weltweit humanitäre Katastrophen aus, zwingen Millionen Menschen zur Flucht. Die allermeisten Flüchtlinge, die aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels aus ihrer Region vertrieben wurden, bleiben in nahen Gebieten. Dies hat zuletzt auch Rachid Badouli von der marokkanischen NGO „La Fondation Orient-Occident“ bei der Linzer Helfer/innenkonferenz erzählt: „Immer mehr Flüchtlinge, die sie in Marokko betreuen, stammen aus Subsahara-Afrika, sind z.B. vor Dürre und entstehender Mangelernährung innerhalb Afrikas auf der Flucht. Auch innerhalb Marokkos geht die Fluchtbewegung von Süd nach Nord, weil im Süden aufgrund steigender Temperaturen und immer extremerer Witterung, wie Dürre und sinkende Grundwasserspiegel und damit dem Trockenfallen von Brunnen, die Ernteauffälle immer stärker wachsen und daher immer weniger Menschen in diesen Regionen ernährt werden können.“

„Die Folgen des Klimawandels sind weitreichend, bereits gut skizziert, treffen auch die Migration weltweit“, sagt Rudi Anschöber. „Wir müssten jetzt den Klimawandel stoppen bzw. die schon nötigen Anpassungsmaßnahmen treffen, um unseren nächsten Generationen noch eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Ich erwarte hier von der Bundesregierung ein geeintes und engagiertes Verhalten, so wie es auch die Umwelt-Landesrät/innen bei ihrem letzten Zusammenkommen einstimmig an den Umweltminister herangetragen haben.“

## KONTAKT

**Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative**  
Landgutstraße 17, 4040 Linz  
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW -556  
Mail ooe@gruene.at  
Web www.ooe.gruene.at

**Die Grüne Bildungswerkstatt OÖ**  
Dr.-Karl-Renner-Plz. 5,  
4800 Attnang-Puchheim  
Tel. 07674/64 218 Fax DW -4  
Mail office.ooe@gbw.at  
Web www.ooe.gbw.at

## REDAKTION

**oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ**  
Landgutstr. 17, 4040 Linz  
Tel. 0732/73 94 00 Fax 0732/73 94 00-556

**LeserInnenzuschriften:**  
Mail marco.vanek@gruene.at  
**Aboverwaltung: Nina Bikic**  
Tel. 0732/73 94 00-429  
Mail service.ooe@gruene.at

## Kampf gegen Glyphosat geht weiter

Clemens Stammler sieht einen europaweiten Glyphosat-Ausstieg als große Chance für die heimische Landwirtschaft.

„Wir stehen in der Europäischen Union vor einer fundamentalen Entscheidung zu Glyphosat. Und Österreich larviert herum, das akzeptieren wir nicht.“ sagt der Grüne Kandidat und Biobauer Clemens

Stammler. Die Grünen fordern von der Bundesregierung und insbesondere von Minister Rupprechter noch vor der Wahl eine Garantierklärung gegen Glyphosat. „Wir werden im österreichischen Parlament einen EU-Unterausschuss beantragen und dort eine bindende Stellungnahme einbringen. Diese soll die offizielle Position Österreichs auf eine Ablehnung einer weiteren Zulassungsverlängerung für Glyphosat festlegen“, kündigt Stammler an. Eine klare Ablehnung gemein-

sam mit anderen EU-Staaten ist gerade jetzt von immenser Bedeutung. Nachdem die EU-weite Zulassung für Glyphosat regulär Ende 2015 ausgelaufen wäre und mehrere Versuche der EU-Kommission, diese um bis zu 15 Jahre zu verlängern, keine qualifizierte Mehrheit gefunden

Foto: istockphoto.com



haben, wurde die Zulassung vorläufig nur bis Ende 2017 verlängert. Die EU-Kommission startet Anfang Oktober nun den nächsten Anlauf, die Zulassung für weitere 10 Jahre zu verlängern. Sie will die Verlängerung aber nur bei qualifizierter Mehrheit der Mitgliedstaaten durchwinken. Kommt diese nicht zustande, könnte die Zulassung mit Ende des Jahres auslaufen. Andere Mitgliedstaaten – etwa aktuell Frankreich sagen klar Nein zu Glyphosat. Bei Österreich fehlt diese klare Haltung.

## KOMMENTARE



■ **MARIA BUCHMAYR**  
LANDESSPRECHERIN  
DER GRÜNEN ÖÖ  
**MARIA.BUCHMAYR@**  
**GRUENE.AT**

## Wo bleiben die Ansagen für die Frauen?

**W**ahlkampfzeit ist Ankündigungszeit, da wird viel versprochen. Aber wo sind die Anliegen und Forderungen der Frauen? Außer von den Grünen werden diese kaum thematisiert. Ja, es sind Fortschritte erzielt worden, aber eine wirkliche Gleichstellung ist noch weit entfernt. Bekannte Hürden sind noch nicht überwunden, mögliche Verbesserungen scheitern am Unwillen und an verschiedenen Interessen. Das muss sich ändern. Wir brauchen etwa eine faire Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei Frauen-Pensionen, aber auch mehr Einkommenstransparenz in den Betrieben. Noch immer werden Frauen und Männer für die gleiche Tätigkeit unterschiedlich entlohnt. Eine 50 prozentige Frauen-Quote in Aufsichtsräten landesnaher Unternehmen sind ebenso überfällig wie eine mindestens 40% Frauenquote in Interessenvertretungen. Zur Gleichberechtigung bekennen ist das eine, sie endlich umsetzen, das andere.



■ **GOTTFRIED HIRZ**  
KLUBOBMANN DER  
GRÜNEN IM ÖÖ. LANDTAG  
**GOTTFRIED.HIRZ@**  
**GRUENE.AT**

## Schwarz-Blau in ÖÖ die Blaupause für den Bund?

**K**ommt Schwarz-Blau? Mit Oberösterreich als Experimentierfeld lässt sich im Groben auch schon voraussagen, was auf ein schwarz-blau regiertes Österreich zukommt. Was hat die Koalition im Land geleistet? Da wäre das Einbremsen der erfolgreichen Energiewende, Einschnitte im Sozialbereich, vor allem durch die drastische Kürzung der Mindestsicherung. Kein Abbau der überbordenden Schulverwaltung, dafür der gescheiterte Versuch, eine Deutschpflicht in Schulpausen durchzuboxen und Einschnitte im Bildungsbereich. Diese Politik trägt die Handschrift der FPÖ, die sich durch weitere Kuriositäten ausgezeichnet hat, etwa durch einen telefonisch erzwungenen Abbruch einer Schulveranstaltung, den Stopp eines Schülerlotsenprojekts für AsylwerberInnen in Vöcklabruck. Das ist schwarz-blaue Politik in Oberösterreich – wahrlich keine Empfehlung für ganz Österreich.

# Stop & Go? Park & Ride!

„Die Ferien sind schon lange zu Ende, ebenso die Geduld der PendlerInnen“, so fordert der Grüne Verkehrssprecher Severin Mayr endlich mehr Tempo bei Umsetzung dringend benötigter Park & Ride Anlagen rund um Linz.

■ **HADMAR HÖLZL**

**A**ls Pendlerin und Pendler auf dem täglichen Weg nach Linz wurde es einem noch nie wirklich leicht gemacht. Es staut, und das täglich und schon seit Jahren, ja seit Jahrzehnten – auch viele Busse stehen im Stau. Genauso lange ist bereits von einer dringend notwendigen Entlastung des Großraums Linz zu hören.

„Öffis und Park&Ride ausbauen. Und zwar jetzt – und nicht irgendwann!“

■ **SEVERIN MAYR, VERKEHRSSPRECHER DER GRÜNEN ÖÖ**

Wie das geht, ist in vielen Sonntagsreden schon mehr als einmal festgehalten: Die Buslinien ausbauen, die Schiene ausbauen, den Takt bei Bus und Bahn verdichten. Und natürlich Park & Ride Anlagen für alle, die noch aufs Auto angewiesen sind. „Alles großartig, und alles ist richtig. Und alles haben wir schon hundert Mal gehört, nur passiert ist aber nie wirklich etwas“, fasst Mayr zusammen.

täglich zu, die Zeiten, an denen „nichts mehr geht“, werden immer länger. Und auch die Linzerinnen und Linzer freut das kaum, wenn der Lärm zunimmt und die Luft schlechter wird.

**Hokus Pokus Verschwindibus?**

Apropos Luft: Vieles scheint sich in Linz darin aufzulösen: So geschehen mit der Linzer Eisenbahnbrücke. Und nun ist auch das Urfahrner-Marktgelände nach dem Widmungs-Durch-



Severin Mayr fordert ein Konzept für mehr Park & Ride – Anlagen im Linzer Umland

**Park & Ride statt Stopp & Go**

Jahr für Jahr nimmt der Pendlerstrom nach Linz zu, die Autokolonnen werden länger und damit auch die Zeit, die man im Stau verbringt. Und das nicht nur am Montagmorgen oder Freitagnachmittag. In und um Linz spitzt sich die Lage bereits

einander in der Linzer Stadtpolitik als Parkplatz von heute auf morgen verschwunden. Noch nicht aufgetaucht sind die Alternativen für viele AutofahrerInnen: Öffis und Park&Ride.

**Was macht also die Politik? Worauf wartet man?**

Das sind die brennenden Fragen, die Mayr nach Ferienende erneut im ÖÖ. Landtag gestellt hat. Schon vor über einem Jahr hat er im ÖÖ. Landtag wiederholt auf den Ausbau von Park & Ride Anlagen im Umland von Linz gedrängt. Und erneut hat er jetzt ÖVP, SPÖ und FPÖ aufgefordert, endlich aufs Tempo zu drücken. „Offenbar erkennen die Verantwortlichen in der Stadt und im Land nach wie vor nicht den Ernste der Lage. Weder seitens der Stadt noch vom Land gibt es konkrete Maßnahmen“, so Mayr.

**Blockadepolitik aufbrechen!**

Es braucht jetzt endlich ein klares Finanzierungs- und Umsetzungskonzept für mehr Park

& Ride Anlagen im Umland von Linz. Die gegenseitige Blockade von Stadt und Land muss ein Ende haben. „Jeder soll sich an der Finanzierung beteiligen, nur so kann es auch zu einer raschen Umsetzung kommen. Die Zeit der Sonntagsreden muss vorüber sein“, fordert Mayr.

## PARK & RIDE

Eine Studie im Auftrag des Landes ÖÖ zeigt, dass alleine entlang der Summerauerbahn und der Mühlkreisbahn 1.000 neue Parkplätze ohne großen Aufwand für PendlerInnen errichtet werden können. Auch entlang der wichtigsten Buslinien besteht darüber hinaus noch hohes Potenzial für PendlerInnen-Parkplätze. Es liegt jetzt an Verkehrslandesrat Steinkellner, zu zeigen, dass ihm die Pendlerinnen und Pendler nicht egal sind. Einen Grünen Dringlichkeitsantrag für Park&Ride im Linzer Umland haben Schwarz und Blau in der letzten Sitzung des Landtags allerdings noch abgelehnt.



## SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

# 2. OKTOBER 2017

**M**ein liebes Tagebuch, warum bist du ein Buch und ka Glaskugel? Wir könnten berühmt werden, wann'st mir sagst wie die Wahl ausgeht. Kriegen ma den ersten Sebastian im Kanzleramt, Schwiegermutter cleverer und smarter Traum, schwarz-türkiser Jungguru, Routen-Schließer, Promis-Sammler, Umfrage- und Spendenkaiser? Wird er irgendwann sagen, was er will außer einen neuen Stil? Oder

kriegt der Kern das, was er meint, dass ihm zusteht und kommt nach dem Stimmungstal wieder ein Silber-Streif am Horizont. Und was macht der Strache außer einen Patzen Grand auf den Kurz haben? War schon fast Kanzler und dann macht ihm der Bua – wies ausschaute – die Tür wieder zu.

Noch schnell nach Oberösterreich, da treibt die Politik auch voll Richtung Wahlen. Die ÖVP hat a Landesliste, mit Sportler-

promis und einer Ex Miss. Ja „kennt ma“ war schon immer ein Erfolgsgarant. Sonst pusht der LH Stelzer halt seinen Bro Sebastian. FP Chef Haimbuchner hat gemeint, er wird nicht als Minister nach Wien gehen sondern in Oberösterreich bleiben – wir sind erleichtert. Und sonst ist die FPÖ damit beschäftigt, AsylwerberInnen als Schülerlotsen zu verhindern, weil's keine Führerschein B haben. Ja, weil ohne den sieht man net, ob ein Auto da-

herkommt. Schon verständlich, ich werd künftig keinen Fisch mehr essen, weil ich hab kan Anglerschein.

Mein liebes Tagebuch, nach dem 15. Oktober werden ma wissen, wies weitergeht. Kriegen wir wirklich Schwarz-Blau reloaded, eine Neuauflage wegen dem großen Erfolgs damals. Oder SPÖ und FPÖ inklusive innerrotem Würgeflex. Oder wieder....na net.

■ **MAX GUSENBAUER**



# Saures mit Sonnenenergie

Gerald Pflügelmeier zeigt mit seinem Betrieb und seinen Produkten, wie es gehen kann.

Am Biohof Pflügelmeier werden Essiggurkerl und andere Sauergemüse mit Energie aus Sonne und Biomasse erzeugt. Die Grünen besuchten den Hof von Gerald Pflügelmeier im Eferdinger Becken.

## MARCO VANEK

Seit über zwanzig Jahren stellt Gerald Pflügelmeier Bio-Gurkerl und andere Sauergemüse auf seinem Hof bei Eferding her. Vielen Bio-konsumentInnen sind vor allem „Pepis“ Gurkenvariationen mit dem signifikanten Schriftzug ein Begriff. Waren sie vor zwanzig Jahren nur in Bioläden zu

kaufen, gibt es sie seit einigen Jahren auch bei großen Supermarktketten. Der Schritt Richtung Handelsketten führte dazu, dass die Nachfrage kontinuierlich stieg und so die Arbeitsplätze am Hof besser abgesichert werden konnten. Im Gegensatz zu den anderen Gurkerlproduzenten werden die Rohstoffe direkt am Hof angebaut und dort auch gleich verarbeitet. Neben den Essiggurkerl gibt es noch zahlreiche andere Produkte wie Sauerkraut, eingelegte Paprika, Karotten-, Sellarisalat, aber auch Chutneys und Suppengewürze.

### Das Energiekonzept

Schon lange träumte Gerald Pflügelmeier von einem Solarpasteur – einer thermischen

Haltbarmachung mittels Sonnenenergie. „Nach monate- und jahrelangem Tüfteln waren es nur noch zwei Problemstellungen, die uns zu schaffen machten“, sagt Pflügelmeier. „Zum einen waren wir auf der Suche nach einer schlagkräftigen Sekundärenergiequelle für die Zeit, in der die Sonne nicht scheint. Zum anderen wollten wir keine Solaranlage bauen, die in den Monaten März – Mai eine Unmenge Energie erntet, die wir mangels Verbrauchs in dieser Zeit nicht nutzen konnten! Denn in den Sommermonaten bis Oktober wird ohnehin produziert und damit auch pasteurisiert. Wenn im Winter die Sonne scheint, können wir das Schwinden unserer Holzvorräte mittels Heizungseinspeisung verzögern“.

### „Zwei Fliegen mit einer Klappe“ – Idee

Schließlich installierte Pflügelmeier im Jahr 2010 eine Hackschnitzelanlage als Sekundär-Heizung. Das Hackgut kann mittels Heizlüfter und Betonspaltenboden mit Solarenergie direkt im Lager getrocknet werden. Nach seinen Schätzungen steigerte dies die energetische Ausbeute um 30 bis 50 Prozent. Außerdem verlängert optimal getrocknetes Hackgut die Lebensdauer des Hackgutkessels entscheidend, bei deutlich weniger Emissionen!“ Neben dem Solarpasteur gibt es am Hof ein Sonnenkraftwerk für die Stromerzeugung. Übers Jahr gerechnet deckt der Ertrag der Photovoltaik-Anlage den gesamten hofeigenen Verbrauch ab.

## TEST

# „... aber bitte mit Gurkerl“

Extrawurstsemmerl mit Gurkerl zählen in Österreich zu den Jausenklassikern. Bei keinem anderen Sauergemüse ist die Vielfalt der Hersteller und Produktvariationen so hoch wie bei den Essiggurkerl. Neben den Massenwaren aus riesigen Gurkerlfabriken gibt es handverlesene Bioprodukte. Wir haben uns blind durchgekostet und staunten über das Ergebnis.



### Platz 01 Der Klassiker

Die Eferdinger Kostbarkeiten produzieren seit den 50er Jahren Essiggurkerl. Entsprechend sind alle TesterInnen bereits vor und nach der Geburt mit dem Efko-Geschmack in Verbindung gekommen. Kein Wunder also, wenn die Efko-Geschmacksrichtung zum Teil der oö. DNA wurde: mild, knackig, ein Stück zu fad, aber nicht allzu viel, schauen gut aus.

Efko Delikatessgurken, 720 ml, 1,69 Euro

### Platz 02 Gurkerl vom Biohof

Bei Pepis Biogurkerl scheiden sich zunächst die verschiedenen Geruchsnerven: für die einen stinken sie am Teller, für die anderen riechen sie angenehm süß, für die dritte Gruppe ist der Geruch zu scharf. Doch beim näheren Anschauen und nach dem Essen kamen versöhnlichere Noten: die Oberfläche schaut eigentlich schön aus und knackig sind sie obendrein. (Siehe Foto oben)

Pepis Biogurkerl, 720ml, 3,49 Euro

### Platz 03 Frisch & billig

Hergestellt werden die S-Budget Gurkerl aus der Diskontschiene von SPAR in Deutschland. Dies ist geschmacklich keineswegs von Nachteil. Sie riechen gut und mild, wirken für einige TesterInnen am frischesten, schauen aber von der Optik her nicht besonders aus. Trotz des niedrigen Preises ein solides Produkt.

S-Budget Gurkerl, 720ml, 0,79 Euro

### Platz 04 Unvergleichlich schlecht

Der Wiener Sauergemüseproduzent Staudt war bereits in der k.u.k. Hofküche vertreten. Die Firma tritt als Luxusmarke auf, beim Test schnitt sie aber enttäuschend ab: die Gurkerl schauen schrumpelig und alt aus und riechen eigentlich nach nichts und schmecken eher salzig. Die TesterInnen glaubten billige Massenware vor sich zu haben.

Staudt's Piccolo-Gurken, 518ml, 3,49 Euro

## Das ist AUGÉ – auch das ist Grün!

3000 begeisterte ZuschauerInnen beim AUGÉ-Open-Air auf dem Pfarrplatz in Linz

Das man in der Politik große Menschenmengen auch mit positiven Emotionen zu begeistern vermag, haben die Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen



nen Oberösterreich Ende des Sommers mit einem unglaublich besetzten Gratis-Konzert eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Statt Fraktionsgelder zu horten, haben sich AUGÉ-AktivistInnen rund um ihren Landessprecher und Stellvertretenden Bundessprecher Martin Gstöttner beherzt „ins Zeug gelegt“ und auf dem Pfarrplatz in Linz ein 80er-Jahre Revival auf die Bühne gebracht, das knapp Dreitausend begeisterte Leute in bester Laune zum Swingen und Rocken gebracht hat! Mit von der Partie Minisex, Superfeucht, Mister Hitparade Udo Huber, ergänzt um die Karibik-

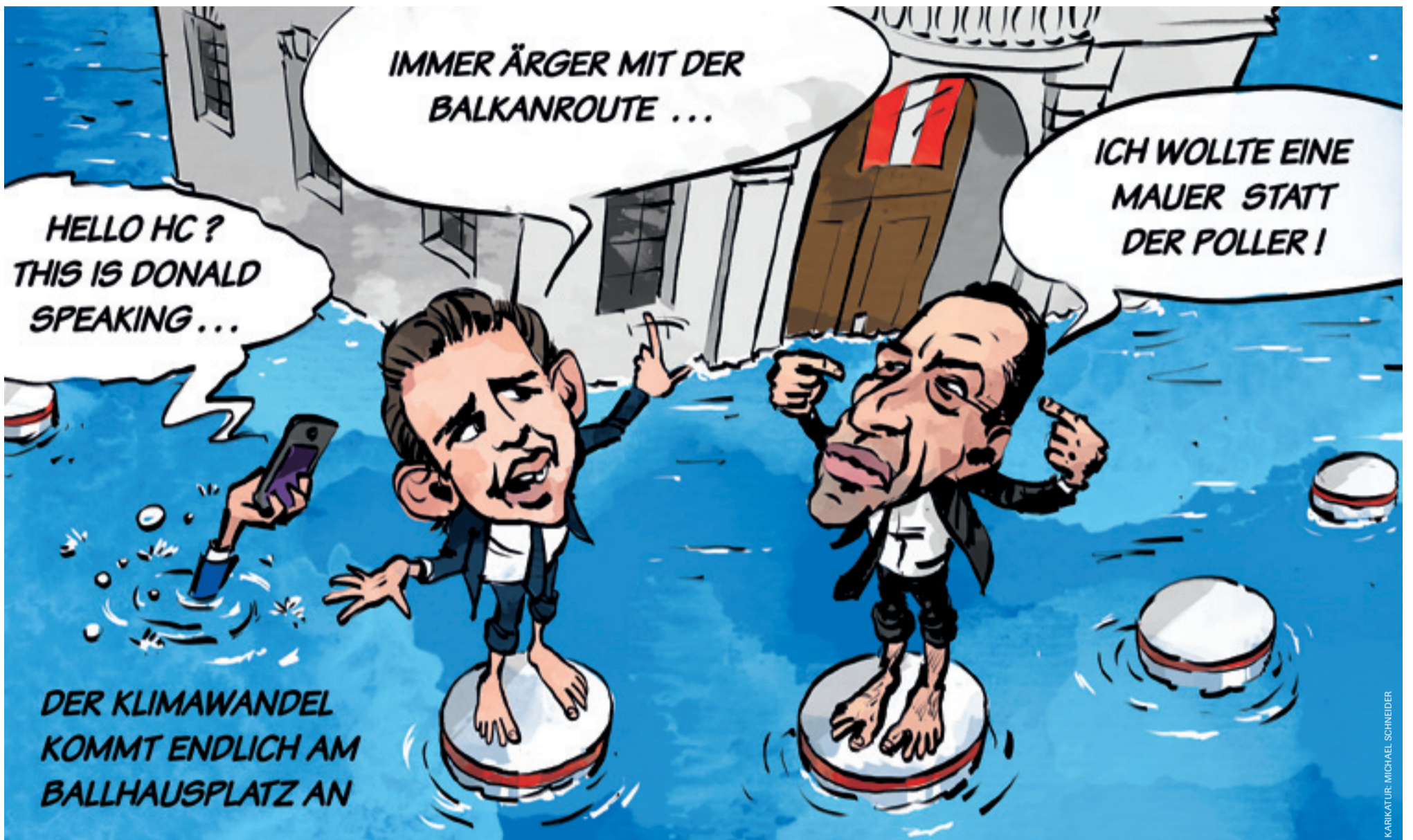


Rhythmen von Prince Zeka und die Local-Heroes von Concept und Urdrummer.

Martin Gstöttner nach dem Konzert, redlich erschöpft von den Anstrengungen im Vorfeld und überglücklich über den Zuspruch der Menschen: „Mit diesem Gratis-Konzert haben

wir den Menschen ein unbeschwertes Erlebnis geschenkt. Und wir haben vor Augen geführt, wie wir Grünen und GewerkschafterInnen uns die Gesellschaft vorstellen: Ohne Absperrungen, zugänglich für alle, in einem positiven, fairen Miteinander! Das ist AUGÉ, das ist Grün!“

## Karikatur



## Termine

## OKTOBER

Mi. 11.10., 19.00 Uhr

## Salongespräche #1:

## Das gute Gefühl der 70er Jahre?

Ort: Kepler Salon, Rathausg. 5, Linz  
Nähere Infos und Anmeldung:  
www.generationplus.gruene.at  
oder 0732/739400-507

Fr. 13.10., 19.30 Uhr

## Kabarett: Die Miststücke

Ort: Adlerkino, Marktplatz 11,  
Haslach an der Mühl  
Nähere Infos: www.generationplus.  
gruene.at oder 0732/739400-507  
Vorverkaufskarten: genera-  
tionplus.ooe@gruene.at oder  
0664/88327390 oder in der  
Raiffeisenbankstelle in Haslach



Fr. 13.10., 21.00 Uhr

## Regenbogenfest

Ort: Tabakfabrik, „Charmanter  
Elefant“ (ehemalige Klub Kantine),  
Peter-Behrens-Platz 8, 4020 Linz  
Last but not least – das letzte Fest  
vor der NRW! Bei freiem Eintritt la-  
den die Grünen Andersrum OÖ zum  
Fest – Musik von NELL und OZED.

## NOVEMBER

Mi. 8.11., 19.00 Uhr

## Salongespräche #2:

## Altweiberwohnen

Ort: Kepler Salon, Rathausg. 5, Linz  
Nähere Infos und Anmeldung:  
www.generationplus.gruene.at  
oder 0732/739400-507

Fr. 17.11., 18.30 Uhr

## Benefiz-Gala der AUGÉ OÖ

Mit Gerichtspsychiaterin und  
Buchautorin Prim. Adelheid Kastner  
zugunsten von Cliniclowns  
Ort: Kepler Salon, Rathausg. 5, Linz  
Lesung, Diskussion, Musik, Buffet.  
Der Eintritt ist frei!

## DEZEMBER

Fr. 1.12., 14.00 bis 19.00 Uhr

Symposium: Die Zukunft der  
Altenbetreuung

Ort: Altes Rathaus, Hauptplatz 1, Linz  
Nähere Infos und Anmeldung:  
www.generationplus.gruene.at  
oder 0732/739400-507

## Ich bin ein Mann!

Der Wahlkampf ist fast vorbei.

Was uns nicht abgehen wird,  
sind die Plakate. Auch die eigenen.

TEXT RENÉ FREUND

Wahlplakate verstellen den Blick auf Wiesen, blockieren Gehsteige, belästigen einen an Haltestellen. Im Vorbeifahren sieht man sie eh nicht, und wenn man sie in Ruhe ansehen könnte, schaut man lieber weg. So nah will man manche Gesichter gar nicht vor sich haben, auch oder gerade, weil jede Falte retuschiert wird und jeder Zahn dank Photoshop in glänzendem Weiß erstrahlt.

Einen Kandidaten hätte man freilich künstlich ein bisschen älter machen können. War das die ÖVP? So genau wusste man das nicht, die anderen kommen dann erst nach der Wahl alle wieder hinter den Plakaten hervor. Jedenfalls seltsam, wenn einer, der aussieht, als hätte er noch viel Zeit vor sich, behauptet, „Es ist Zeit“, nachdem er eh jahrelang Zeit hatte, mitzuregieren.

Auch andere Sujets leuchteten mir nicht wirklich ein. Der Bundeskanzler stand gerne vor einer Meute und zeigte mit dem Finger auf mich, was man ja, wie mir meine Mutter beigebracht hat, nicht tut. Und wenn er dann noch zu den vielen Leuten hinter sich sagt, „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht“, dann war mein erster Gedanke: „Von mir? Schon wieder? Ich zahle doch eh schon Steuern und Abgaben und von der SVA will ich gar nicht reden!“

Die FPÖ warb auf einem Fahrrad-Plakat, das aussah, als hätte es der auferstandene Manfred Deix



gestaltet, für Fairness. Das fand ich schön. Weniger schön vielleicht, dass auf den anderen Plakaten klar wurde, dass die Fairness nicht auf Rote, Schwarze, Grüne, Gelbe, Migranten, Asylwerber und Muslime anzuwenden ist.

Von den Plakaten der Grünen hat mich vor allem eines irritiert. In riesigen Lettern wurde da gefordert: „Sei ein Mann: Wähl eine Frau.“ Zunächst einmal stellte sich die logische Frage: Ist jeder ein Mann, der eine Frau wählt? Hat Frau Lunacek also nur männliche Wähler? Oder wechseln alle ihre Wählerinnen im Sinne von mehr Offenheit für die Transgender-Problematik das Geschlecht? In welcher Weise befähigen mich meine primären Geschlechtsorgane, ein Kreuz vor den Namen einer Frau zu machen?

Fragen über Fragen. Doch bald ist es Zeit, und dann holt sich jeder ganz fair, was ihm zusteht, und ich werde durch die Straßen laufen und es allen ganz laut verkünden: „Ich – bin – ein – Mann!“

René Freund lebt als Autor in Grünau im Almtal. Zuletzt erschienen: „Niemand weiß, wie spät es ist“ (Deuticke Verlag)